

## **Polizei kann sich heute Mittwoch bewähren**

Von Philipp Loser. Aktualisiert um 08:59 Uhr

**Rechtzeitig zur Anti-WEF-Demonstration vom Mittwoch hat die Polizei ihre neuen Dienstvorschriften in Kraft gesetzt und geschult. Ein Debakel wie vor einem Jahr soll unter allen Umständen verhindert werden.**

Wie wird ein Verhafteter richtig durchsucht? Wie gefesselt? Wie lange kann er festgehalten werden? Wie geht man mit Journalisten um? Und was tun, wenn sich herausstellt, dass ein Unschuldiger abgeführt wurde?

Mit solchen Fragen haben sich die Basler Polizistinnen und Polizisten in den vergangenen Wochen intensiv beschäftigt. In Theorieblöcken wurden den Sicherheitskräften die neuen Dienstvorschriften nähergebracht, die seit diesem Monat gelten. Sie betreffen Fesselung, Kleiderdurchsuchungen oder den Umgang mit Jugendlichen und Journalisten und sind eine Reaktion auf den missglückten Polizeieinsatz an der unbewilligten Anti-WEF-Demonstration vor einem Jahr. Damals wurden mehrere Unschuldige festgenommen. «Es war uns wichtig, das Corps vor der Demonstration am Mittwoch zu schulen», sagt Rolf Meyer, Polizeikommandant ad interim. Nicht geschult werden konnte der Umgang mit sensiblen Daten und deren Weitergabe an den Inlandgeheimdienst. Eine vom Basler Sicherheits- und Justizdepartement ausgearbeitete Verordnung zum Bundesgesetz über die Wahrung der Inneren Sicherheit liegt laut Departementssprecher Klaus Mannhart noch immer zur Vernehmlassung beim Bundesamt für Justiz in Bern.

Massgeblich an den neuen Dienstvorschriften beteiligt ist Sicherheitsdirektor Hanspeter Gass (FDP), der nach dem Einsatz vor einem Jahr eine administrative Untersuchung anordnete und zwei Arbeitsgruppen einsetzte. «Der Mittwoch wird eine Bewährungsprobe für die neuen Regeln», sagt Gass, der den Einsatz vor Ort verfolgen will.

Gass wirkt gelassener als vor einem Jahr, als es bereits im Vorfeld der Demonstration zu Zwischenfällen kam. Allerdings ist auch die Ausgangslage eine andere: «Dieses Mal haben wir Ansprechpersonen», sagt Rolf Meyer. Anders als im Januar 2008 wird am Mittwoch in Basels Innenstadt mit einer Bewilligung demonstriert, was die Ausgangslage einfacher mache. Meyer: «Ich blicke mit einer gewissen Ruhe auf unseren Einsatz.» Nicht dieselbe Ruhe verspürt die Menschenrechtsorganisation Augenauf Basel. «Versammlungsfreiheit und politische Meinungsäusserung sind demokratische Grundrechte», teilt die Gruppe per Communiqué mit, «wir befürchten, dass diese Grundrechte von der Polizei auch dieses Jahr nicht respektiert werden.» Von den neuen Dienstvorschriften erwartet die Gruppe wenig: «Das wird nur mässig etwas ändern», sagt eine Sprecherin von Augenauf der BaZ. Die Menschenrechtsorganisation wird am Mittwoch die Polizei beobachten und allfällige Rechtsverletzungen dokumentieren.

Auch Grossrat Michael Wüthrich (Grünes Bündnis) wird am Mittwoch in der Innenstadt anzutreffen sein. Vor einem Jahr wurde seine Tochter fälschlicherweise festgenommen; Wüthrich intervenierte im Grossen Rat und ist zufrieden mit der Entwicklung in den vergangenen zwölf Monaten: «Jetzt hoffe ich, dass die versprochenen Verbesserungen auch umgesetzt werden.»